

Horn/Kroiß
Testamentsauslegung

Testamentsauslegung

– Strategien bei unklaren letztwilligen Verfügungen –

von

Dr. Claus-Henrik Horn

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Erbrecht in Düsseldorf
Lehrbeauftragter an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

und

Dr. Ludwig Kroiß

Rechtsanwalt in Traunstein
Honorarprofessor an der Universität Passau

unter Mitarbeit von

Bernhard Schmid

Rechtsanwalt und Steuerberater in München

3. Auflage 2026



Zitiervorschlag: Horn/Kroiß Testamentsauslegung/Bearbeiter § ... Rn. ...

beck.de

ISBN 978 3 406 83542 1

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
Umschlag: Ralph Zimmermann – Bureau Parapluie



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

„*Ein gehöriges Maß an Fantasie*“ fordert zu Recht Prof. Dr. Knut Werner Lange bei der Auslegung von Testamenten (ErbR, 3. Aufl. 2022, § 35 Rn. 12). Basis für die zutreffende Auslegung von unklaren letztwilligen Verfügungen ist vor allem die Kenntnis, welche Kriterien die Rechtsprechung und die Fachliteratur für die „richtige“ erbrechtliche Bewertung von interpretationsbedürftigen Testamenten und Erbverträgen entwickelt haben. Wir haben diese Kriterien zur Abgrenzung typischer Auslegungsfälle analysiert und zusammengefasst.

269 neue Urteile und Beschlüsse haben wir eingearbeitet. Testamentsauslegung ist „*case law*“; entscheidend sind oft Nuancen in den Testamentstexten und den Umständen außerhalb des Testamentes. Deswegen ist es so wichtig, diese Gerichtsentscheidungen zu systematisieren, um sie für Sie, unseren Leserinnen und Lesern, sofort auffindbar und damit verwertbar zu machen.

Zwei neue Kapitel haben wir aufgenommen, und zwar zum einen die Abgrenzung zur Sittenwidrigkeit und zum anderen zur Reichweite von Testamentswiderrufen. Ferner haben wir unsere Kapitel mit wichtigen Aspekten ergänzt, so etwa zur Rechtswahl und zur Testamentsvollstreckervergütung.

Ohne Steuerrecht geht es nicht. Daher freuen wir uns, dass RA/StB Bernhard Schmid den steuerrechtlichen Teil aktualisiert hat und das Steuerrecht rund um die Testamentsauslegung darlegt.

Wir danken dem Verlag C.H.Beck, vor allem unserem Lektor, Dr. Thomas Schäfer, für die engagierte Begleitung und mittlerweile langjährige angenehme Zusammenarbeit. Besonderer Dank auch an cand. jur. Niklas Meinel, der uns engagiert bei der Aktualisierung der Zitate unterstützt hat.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand Juli 2025.

Anregungen und Verbesserungsvorschlägen stehen wir offen gegenüber.

Düsseldorf und Nußdorf i. Chiemgau, im Oktober 2025

Dr. Claus-Henrik Horn
Prof. Dr. Ludwig Kroiß

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXIX

Teil 1. Überblick und Abgrenzungen

§ 1 Einführung und strategische Vorgehensweise	1
§ 2 Erfordernis des Testierwillens	7
§ 3 Umdeutung (§ 140 BGB)	17
§ 4 Optionen bei Irrtümern für die anwaltliche Beratungssituation	31
§ 5 Abgrenzung zur Anfechtung	34
§ 6 Abgrenzung zur Sittenwidrigkeit letztwilliger Verfügungen	62
§ 7 Abgrenzung zum ausländischen Recht	68

Teil 2. Methoden der Auslegung von letztwilligen Verfügungen

§ 8 Individuelle Auslegung	81
§ 9 Gesetzliche Ergänzungs- und Auslegungsregeln	127

Teil 3. Auslegung von einseitigen Verfügungen

§ 10 Abgrenzung Erbe zu Vermächtnis und zu Auflage	205
§ 11 Abgrenzung Teilungsanordnung zu Vorausvermächtnis	228
§ 12 Abgrenzungsfälle bei einem im Nachlass nicht (mehr) vorhandenen Vermächtnisgegenstand	237
§ 13 Abgrenzungsfälle bei der Vor- und Nacherbfolge und bei Nießbrauch ..	247
§ 14 Abgrenzungsfälle bei der Erbeinsetzung von Abkömmlingen	270
§ 15 Abgrenzungsfälle bei unterlassener, aber erforderlicher Ersatzerbeinsetzung	280
§ 16 Abgrenzungsfälle zur Anordnung der Testamentsvollstreckung	291
§ 17 Abgrenzung Potestativbedingung von unzulässiger Drittbestimmung	302
§ 18 Wirkung von Verwirkungsklauseln	313
§ 19 Abgrenzung zwischen Beweggrund/Motiv und Bedingung	321
§ 20 Reichweite von Testamentswiderrufen	324

Teil 4. Auslegung von gemeinschaftlichen Testamenten und Erbverträgen

§ 21 Abgrenzung zwischen Einzel- und gemeinschaftlichem Testament	333
§ 22 Abgrenzungsfälle zur Feststellung der Wechselbezüglichkeit und zu Änderungsklauseln	342
§ 23 Abgrenzungsfälle zur Feststellung der Vertragsmäßigkeit erbvertraglicher Verfügungen und zu Änderungsklauseln	370
§ 24 Rechtsfolgen einer Scheidung auf gemeinschaftliche Testamente (Aufrechterhaltungswille)	382

Inhaltsübersicht

§ 25	Abgrenzungsfälle beim Berliner Testament (Einheits- gegen Trennungslösung)	392
§ 26	Abgrenzungsfälle zur Pflichtteilsstrafklausel sowie sich einer daraus ergebenden Schlusserbschaft	399
§ 27	Abgrenzungsfälle bei Wiederverheiratursklauseln	418
§ 28	Abgrenzungsfälle bei Klauseln zum gleichzeitigen Versterben	428

Teil 5. Außergerichtliche und gerichtliche Verfahrensfragen

§ 29	Strategische Vorüberlegungen aufgrund der Mandatssituation	437
§ 30	Außergerichtlicher Vergleich einschließlich Auswirkungen auf das gerichtliche Verfahren	439
§ 31	Gerichtliche Entscheidung im Erbscheinsverfahren	443
§ 32	Gerichtliche Entscheidung im Zivilprozess	468

Teil 6. Steuerrecht

§ 33	Erbschaft- und Schenkungsteuer	475
§ 34	Grunderwerbsteuer	486
§ 35	Einkommensteuer	488
Sachverzeichnis		493

Inhaltsverzeichnis

Teil 1. Überblick und Abgrenzungen

§ 1 Einführung und strategische Vorgehensweise

I. Historische und gesetzliche Grundlagen	1
II. Interpretationsbedürftigkeit unklarer letztwilliger Verfügungen	2
III. Gegenstand und Ziel der Auslegung	3
IV. Grundsatz: Auslegung vor Anfechtung	4
V. Systematische Vorgehensweise	4
VI. Verfahrensrechtliche Optionen	5

§ 2 Erfordernis des Testierwillens

I. Testierwille	7
II. Abgrenzungskriterien	9
III. Sonderfall „Vollmacht“	12
IV. Ort der Unterschrift – Oberschrift ausreichend?	13
V. Brief als Testament	14
VI. Feststellungs- und Beweislast	14
VII. Exkurs: Testamentsänderungen und Widerrufe auf Kopien	15

§ 3 Umdeutung (§ 140 BGB)

I. Praxisrelevanz	17
II. Rechtslage	17
1. Anwendungsbereich	17
2. Nichtiges Rechtsgeschäft	18
3. Ersatzgeschäft	19
4. Hypothetische Sichtweise des Erblassers	20
III. Fehlgeschlagenes gemeinschaftliches Testament	20
1. Grundsätzliches	20
2. Einseitige Verfügungen	22
3. Wechselbezügliche bzw. erbvertragliche Verfügungen	24
4. Sonderfälle	26
IV. Umdeutung einer letztwilligen Verfügung in eine andere letztwillige Verfügung	27
1. Umdeutung in ein Testament oder in einen Erbvertrag	27
2. Umdeutung einer einzelnen letztwilligen Anordnung	28
a) Verstoß gegen § 2302 BGB	28
b) Weitere Fälle	28
V. Umdeutung einer letztwilligen Verfügung in ein Rechtsgeschäft unter Lebenden	29
VI. Umdeutung eines Rechtsgeschäftes unter Lebenden in letztwillige Verfügungen	30

§ 4 Optionen bei Irrtümern für die anwaltliche Beratungssituation

I. Verhältnis zur Auslegung	31
II. Verhältnis zu den Vorschriften des Allgemeinen Teils	32
III. Anfechtungsgegenstand	32

§ 5 Abgrenzung zur Anfechtung

I. Inhalts- und Erklärungsirrtum	35
1. Erklärungsirrtum	35
2. Inhaltsirrtum	36
II. Anfechtung wegen Motivirrtums	37
1. Überblick	37
2. Anfechtungsgründe	38
3. Unbewusste Vorstellungen	39
4. Beweislast	40
III. Anfechtung wegen Drohung	40
IV. Anfechtung wegen Übergehung Pflichtteilsberechtigter	41
1. Überblick	41
2. Anfechtungsgrund	42
a) Vorhandensein eines Pflichtteilsberechtigten	42
b) Übergehen	42
3. Wirkung der Anfechtung	43
V. Weitere Voraussetzungen und das Verfahren der Anfechtung	45
1. Ursachenzusammenhang zwischen Irrtum und letztwilliger Verfügung	45
a) Überblick	45
b) Bestätigung	45
c) „Geflissentliches Stehenlassen“	45
2. Beweis- bzw. Feststellungslast	46
a) Anfechtungsgründe des § 2078 BGB	46
b) Anfechtungsgrund des § 2079 BGB	47
3. Anfechtungsberechtigter	47
a) Dritte bei einseitigen Verfügungen	47
b) Der Erblasser beim Erbvertrag, § 2281 BGB	48
c) Dritte beim Erbvertrag, §§ 2080 Abs. 1, 2285 BGB	49
4. Anfechtungsrecht	50
5. Die Anfechtungserklärung	51
a) Adressat der Anfechtungserklärung	51
b) Die örtliche Zuständigkeit des Nachlassgerichts	51
c) Die Internationale Zuständigkeit	52
d) Die Form der Anfechtungserklärung	52
e) Weiteres Verfahren	52
aa) Prüfungskompetenz des Nachlassgerichts	53
bb) Das amtliche Erbenermittlungsverfahren	54
cc) Fazit	55
f) Rücknahme der Anfechtungserklärung	55
g) Kosten	55
6. Die Anfechtungsfrist	55
a) Fristbeginn (Kenntnis von den anfechtungsbegründenden Tatsachen)	55
b) Der Fristlauf	56
c) Die Anfechtbarkeitseinrede	56
VI. Wirkung der erfolgreichen Anfechtung bei Einzeltestamenten	57
1. Anfechtung nach § 2078 BGB	57
2. Anfechtung nach § 2079 BGB	57
3. Anfechtung des gegenseitigen Erbvertrags	58
4. Sonderfälle	58
a) Anfechtung des Vermächtnisnehmers	58
b) Anfechtung des Widerrufs	58

VII. Besonderheiten bei der Anfechtung von Ehegattentestamenten und Erbverträgen	58
1. Erbverträge	58
a) Form der Anfechtung	58
b) Frist	59
c) Anfechtungsgegenstand	59
d) Anfechtungsgründe	59
2. Gemeinschaftliche Testamente	59
a) Überblick	59
b) Anfechtungsadressat	60
3. Wirkung der Anfechtung	61
§ 6 Abgrenzung zur Sittenwidrigkeit letztwilliger Verfügungen	
I. Praxisrelevanz	62
II. Rechtslage	62
III. Abgrenzungsfall bei Potestativbedigungen	64
IV. Abgrenzungsfall bei Verfügungen zugunsten eines Berufsbetreuers	64
1. Die Umstandssittenwidrigkeit	65
2. Das Zuwendungsverbot für Berufsbetreuer	65
V. Abgrenzungsfall bei Verfügung zugunsten des behandelnden Arztes	66
§ 7 Abgrenzung zum ausländischen Recht	
I. Allgemeines und Anwendbarkeit der ErbVO	68
1. Anwendbarkeit der ErbVO	68
a) Zeitlicher Anwendungsbereich	68
b) Räumlicher Anwendungsbereich	68
c) Sachlicher Anwendungsbereich	69
2. Art. 25 EGBGB	69
II. Bestimmung des Erbstatuts	69
1. Allgemeines	69
2. Rechtsnachfolge von Todes wegen, Art. 21, 22 ErbVO	69
a) Grundregel des Art. 21 ErbVO	69
b) Rechtswahl, Art. 22 ErbVO	71
III. Errichtungsstatut, Art. 24–26 ErbVO	73
1. Allgemeines	73
2. Verfügungen von Todes wegen außer Erbverträgen, Art. 24 ErbVO ...	73
3. Erbverträge, Art. 25 ErbVO	73
4. Reichweite des Errichtungsstatuts, Art. 26 ErbVO	74
IV. Formstatut, Art. 27, 75 ErbVO	75
V. Rück- und Weiterverweisung	75
VI. Entscheidungen zur Auslegung bei internationalen Erbfällen	76
1. Erbinsetzung nach italienischem Recht	76
a) Sachverhalt	76
b) Lösung des Kammergerichts	76
2. Testamentsvollstreckung durch Ehegatten nach niederländischem Recht	77
a) Sachverhalt	77
b) Lösung des OLG Düsseldorf	77
3. Rechtsinstitute nach englischem Erbrecht	78
a) Sachverhalt	78
b) Lösung des OLG Schleswig	78

Teil 2. Methoden der Auslegung von letztwilligen Verfügungen

§ 8 Individuelle Auslegung

I. Überblick	82
II. Grundlagen der Auslegung	82
1. Einseitige letztwillige Verfügungen (subjektive Auslegung)	82
2. Wechselbezügliche bzw. vertragsmäßige Verfügungen (objektive Auslegung)	82
3. Beweislast	85
4. Keine Fristen	86
III. Einfache bzw. erläuternde Auslegung	86
1. Feststellung der Auslegungsbedürftigkeit	86
2. Grundsätze der einfachen Testamentsauslegung	87
3. Wortlaut, Wortsinn und Aufbau der letztwilligen Verfügung	88
4. Umstände außerhalb des Testamentes	91
5. Maßgeblicher Zeitpunkt	93
6. Optionen zur Ermittlung des Erblasserwillens	94
7. Bedeutung juristischer Fachbegriffe	96
8. Besonderheiten bei von Notaren entworfenen und beurkundeten Testamenten und Erbverträgen	97
9. Unschädlichkeit einer Falschbezeichnung	100
a) Fallgruppen	100
b) Bewusste Falschbezeichnung	100
c) Unbewusste Falschbezeichnung	101
10. Andeutungstheorie als Grenze der Erforschung des letzten Willens des Erblassers	101
11. Grundrechts- und menschenrechtskonforme Auslegung	103
IV. Mutmaßlicher Wille als Behelf für den Richter	104
V. Ergänzende Auslegung	105
1. Anwendungsbereich	105
2. Grundlagen	106
a) Methode der ergänzenden Testamentsauslegung im Überblick	106
b) Abgrenzung zur einfachen Auslegung	107
c) Abgrenzung zur Irrtumsanfechtung	107
d) Zulässigkeit und Rechtsgrundlage	108
3. Arten von Lücken in Testamenten bzw. Erbverträgen	109
a) Lücke nach Testamenterrichtung	109
b) Lücke bereits vor Testamenterrichtung	110
c) Lücke nach dem Erbfall	110
4. Feststellung einer Lücke aufgrund der Willensrichtung	111
5. Planwidrigkeit der Lücke	112
6. Schließen der Lücke durch hypothetischen Erblasserwillen	113
7. Andeutung der Willensrichtung im Testament	116
8. Einzelfälle	118
VI. Wohlwollende Auslegung	120
1. Allgemeiner Grundsatz der Testamentsauslegung	120
2. Unmittelbarer Anwendungsbereich	120
a) Grundsätzliches	120
b) Formgültige letztwillige Verfügung	120
c) Auslegungsfähiger und mehrdeutiger Weg	121
d) Eindeutigkeit des Ziels als Definition des „Erfolges“	121
e) Abgrenzung zu § 140 BGB	122
f) Vermeidung der Unwirksamkeit	122

3. Analoge Anwendung im Zusammenhang mit lebzeitigen Verfügungen.	124
VII. Tatsächliche Vermutungen	125
§ 9 Gesetzliche Ergänzungs- und Auslegungsregeln	
I. Anwendbarkeit nach erfolgloser individueller Auslegung	129
II. Gesetzliche Ergänzungs- und Auslegungsregeln zu der Person des Testamentserben	130
1. Erbeinsetzung der gesetzlichen Erben	130
a) Normzweck	130
b) Tatbestand des § 2066 S. 1 BGB	130
aa) Zuwendung an gesetzliche Erben	130
bb) Ohne nähere Bestimmung	130
c) Tatbestand des § 2066 S. 2 BGB	131
d) Rechtsfolge	131
2. Erbeinsetzung der Verwandten	131
a) Normzweck	131
b) Tatbestand	132
aa) § 2067 S. 1 BGB	132
bb) § 2067 S. 2 BGB	132
c) Rechtsfolge	132
3. Erbeinsetzung der Kinder – § 2068 BGB	132
a) Normzweck	133
b) Tatbestand	133
aa) Zuwendung an die Kinder	133
bb) Ohne nähere Bestimmung	133
cc) Vorversterben eines Kindes	133
c) Rechtsfolge	134
4. Wegfall eines Abkömmlings	134
a) Normzweck	134
aa) § 2069 BGB	134
bb) § 2070 BGB	135
b) Tatbestand	135
aa) § 2069 BGB	135
bb) § 2070 BGB	137
c) Rechtsfolge	137
aa) § 2069 BGB	137
bb) § 2070 BGB	138
5. Erbeinsetzung einer Personengruppe	138
a) Normzweck	138
b) Tatbestand	139
aa) Zuwendung an eine Personenklasse	139
bb) Unbestimmte oder unzumutbare Bezeichnung der Personen- klasse	139
c) Rechtsfolge	139
6. Erbeinsetzung der Armen – § 2072 BGB	139
a) Normzweck	140
b) Tatbestand	140
c) Rechtsfolge	140
7. Mehrdeutige Bezeichnung eines Bedachten	141
a) Normzweck	141
b) Tatbestand	141
aa) Zuwendung an eine unter mehreren in Frage kommende Person	141
bb) Ausschluss bzw. Aufzählung einzelner Personen	141
c) Rechtsfolge	141

Inhaltsverzeichnis

III. Gesetzliche Auslegungsregeln zur bedingten Erbeinsetzung	142
1. Zulässigkeit von Bedingungen und Befristungen bei letztwilligen Verfügungen	142
2. §§ 158, 163 BGB als Grundlage	142
a) Normzweck	142
aa) Bedingung nach § 158 BGB	142
bb) Befristung nach § 163 BGB	142
b) Tatbestand	143
aa) § 158 BGB	143
bb) Zeitbestimmung nach § 163 BGB	144
c) Rechtsfolge bei Bedingungseintritt	144
d) Rechtsfolge bei Unmöglichkeit oder Ausfall der Bedingung	145
e) Rechtsfolge bei Unwirksamkeit der Bedingung	145
3. Aufschiebende Bedingung	146
4. Auflösende Bedingung	147
a) Normzweck	147
b) Tatbestand	147
aa) Zuwendung unter der Bedingung eines Tuns oder Unterlassens	147
bb) Unbestimmte Dauer	148
c) Rechtsfolge	148
5. Bedingung zum Vorteil eines Dritten	148
a) Normzweck	148
b) Tatbestand	149
aa) Zuwendung unter Bedingung zum Vorteil eines Dritten	149
bb) Verweigerung der Mitwirkung	149
c) Rechtsfolge	149
IV. Folgen einer Scheidung	149
a) Normzweck	149
b) Tatbestand	150
aa) § 2077 Abs. 1 BGB	150
bb) Letztwillige Verfügung zugunsten des Verlobten nach § 2077 Abs. 2 BGB	151
cc) Annahme zugunsten der Wirksamkeit der Begünstigung nach § 2077 Abs. 3 BGB	152
c) Rechtsfolge	152
V. Aufrechterhaltung bei Teilunwirksamkeit bzw. unterbliebener Ergänzung	152
1. Bei Teilunwirksamkeit	152
a) Normzweck	152
b) Tatbestand	153
aa) Teilbarkeit	153
bb) Unwirksamkeit	153
cc) Analoge Anwendung des § 2085 BGB	154
c) Rechtsfolge	154
2. Bei unterbliebener Ergänzung	154
VI. Gesetzliche Auslegungsregeln zur Abgrenzung von Erbe und Vermächtnis	155
a) Normzweck	155
b) Tatbestand und Rechtsfolge	155
aa) Zuwendung des Vermögens oder eines Bruchteils nach § 2087 Abs. 1 BGB	155
bb) Zuwendung einzelner Gegenstände nach § 2087 Abs. 2 BGB ..	156
VII. Gesetzliche Ergänzungsregeln zu den Erbquoten	156
1. Anwendung der §§ 2089 bis 2093 BGB auch auf Vermächtnisse	156
2. Einsetzung auf Bruchteile	156
3. Erhöhung der Bruchteile	157

4. Minderung der Bruchteile	158
5. Unbestimmte Bruchteile	158
6. Teilweise Einsetzung auf Bruchteile	159
7. Gemeinschaftlicher Erbteil	159
8. Anwachsung	160
a) Normzweck	160
b) Tatbestand	161
aa) Grundsätzliches	161
bb) Verfügung über die ganze Erbschaft – § 2094 Abs. 1 BGB	162
cc) Verfügung über einen Teil der Erbschaft – § 2094 Abs. 2 BGB ..	162
c) Rechtsfolge	162
9. Angewachsener Erbteil	163
VIII. Gesetzliche Auslegungsregeln zur Ersatzerbfolge	163
1. Ersatzerbe	163
2. Anteile bei Ersatzerbschaft von Miterben	164
3. Verhältnis Nacherbe zu Ersatzerbe	164
a) Normzweck	165
b) Tatbestand	165
aa) Einsetzung als Nacherbe – § 2102 Abs. 1 BGB	165
bb) Einsetzung als Ersatz- oder Nacherbe – § 2102 Abs. 2 BGB	165
c) Rechtsfolge	165
IX. Gesetzliche Auslegungsregeln zur Vor- und Nacherbschaft	166
1. Noch nicht gezeugter Nacherbe	166
2. Nacherbe und Ersatzerbe – § 2102 BGB	167
3. Anordnung der Herausgabe der Erbschaft	167
4. Gesetzliche Erben als Nacherben	168
a) Normzweck	168
b) Tatbestand	168
c) Rechtsfolge	169
5. Gesetzliche Erben als Vorerben	169
a) Normzweck	169
b) Tatbestand	169
aa) Fehlende Bestimmung des Vorerben – § 2105 Abs. 1 BGB	169
bb) Fehlende Bestimmbarkeit des Vorerben – § 2105 Abs. 2 BGB ..	170
c) Rechtsfolge	170
6. Eintritt der Nacherbfolge	170
a) Normzweck	170
b) Tatbestand	170
aa) Fehlende Bestimmung des Nacherbfalles – § 2106 Abs. 1 BGB ..	170
bb) Erbinsetzung noch nicht vorhandener Personen – § 2106 Abs. 2	170
BGB	170
c) Rechtsfolge	170
7. Kinderloser Vorerbe	171
a) Normzweck	171
b) Tatbestand	171
aa) Tatsächliches oder angenommenes Fehlen eines Abkömmlings .	171
bb) Nacherbeinsetzung eines Dritten für den Tod des Vorerben	172
c) Rechtsfolge	172
8. Erbfähigkeit; Vererblichkeit des Nacherbrechts	172
a) § 2108 Abs. 1 BGB	172
b) § 2108 Abs. 2 S. 1 BGB	173
c) § 2108 Abs. 2 S. 2 BGB	173
9. Umfang des Nacherbrechts	173
a) Normzweck	174

Inhaltsverzeichnis

b) Tatbestand und Rechtsfolge	174
aa) Wegfall eines Miterben des Vorerben – § 2110 Abs. 1 BGB	174
bb) Vorausvermächtnis des Vorerben – § 2110 Abs. 2 BGB	174
10. Auslegungsregel für die Befreiung	174
a) Normzweck	174
b) Tatbestand und Rechtsfolge	175
aa) § 2137 Abs. 1 BGB	175
bb) § 2137 Abs. 2 BGB	175
11. Ausschlagung der Nacherbschaft	175
X. Gesetzliche Auslegungsregeln im Zusammenhang mit einem Vermächtnis	176
1. Beschwerter	176
2. Mehrere Beschwerde	177
a) Normzweck und Tatbestand	177
b) Rechtsfolge	178
3. Bestimmungsrecht des Beschwerter oder eines Dritten bei mehreren Bedachten	178
a) Normzweck	178
b) Tatbestand und Rechtsfolge	178
4. Wahlweise Bedachte	179
5. Wegfall des Beschwerter	180
6. Erstreckung auf Zubehör und Ersatzansprüche	181
a) Normzweck	181
b) Tatbestand	181
aa) § 2164 Abs. 1 BGB	181
bb) § 2164 Abs. 2 BGB	181
c) Rechtsfolge	181
aa) § 2164 Abs. 1 BGB	181
bb) § 2164 Abs. 2 BGB	182
7. Belastungen	182
a) Normzweck	182
b) Tatbestand und Rechtsfolge	182
aa) § 2165 Abs. 1 S. 1 BGB	182
bb) § 2165 Abs. 1 S. 2 BGB	183
cc) § 2165 Abs. 2 BGB	183
8. Belastung mit einer Hypothek	184
a) Normzweck	184
b) Tatbestand und Rechtsfolge	184
9. Belastung mit einer Gesamthypothek	185
10. Belastung mit einer Gesamtgrundschuld	186
11. Anwendung auf Schiffe, Schiffsbauwerke und Schiffshypotheken	187
12. Vermächtnis fremder Gegenstände	188
a) Normzweck	188
b) Tatbestand und Rechtsfolge	188
aa) Vermächtnis eines fremden Gegenstandes – § 2169 Abs. 1 BGB	188
bb) Vermächtnis des Besitzes – § 2169 Abs. 2 BGB	189
cc) Vermächtnis eines Leistungs- oder Wertersatzanspruchs – § 2169 Abs. 3 BGB	189
13. Verbindung, Vermischung, Vermengung der vermachten Sache	190
a) Normzweck	190
b) Tatbestand und Rechtsfolge	191
aa) Unwirksamkeit des Vermächtnisses – § 2172 Abs. 1 BGB	191
bb) Sekundärvermächtnisansprüche – § 2172 Abs. 2 BGB	191
14. Forderungsvermächtnis	192
a) Normzweck	192

b) Tatbestand und Rechtsfolge	192
aa) § 2173 S. 1 BGB	192
bb) § 2173 S. 2 BGB	192
15. Fälligkeit bei Beliebigkeit	193
16. Haftung für Rechtsmängel	194
a) Normzweck	194
b) Tatbestand und Rechtsfolge	194
aa) § 2182 Abs. 1 BGB	194
bb) § 2182 Abs. 2 BGB	195
cc) § 2182 Abs. 3 BGB	195
17. Kürzungen der Beschwerden	195
XI. Verhältnis von Auflage und Zuwendung	196
XII. Gesetzliche Auslegungsregeln bei Testamentsvollstreckung	197
1. Beschränkung des Rechts des Testamentsvollstreckers, Ausführung durch den Erben	197
a) § 2208 Abs. 1 BGB	197
b) § 2208 Abs. 2 BGB	198
2. Dauervollstreckung	198
3. Vergütung des Testamentsvollstreckers	199
XIII. Gesetzliche Auslegungsregeln zum gemeinschaftlichen Testament	200
1. Gegenseitige Einsetzung	200
2. Wechselbezügliche Verfügungen	201
XIV. Gesetzliche Auslegungsregeln im Pflichtteilsrecht	201
1. Zuwendung des Pflichtteils	201
a) Normzweck	201
b) Tatbestand	201
c) Rechtsfolge	202
2. Pflichtteilslast des an die Stelle des Pflichtteilsberechtigten getretenen Erben	202
a) Tatbestand	202
b) Rechtsfolge	203

Teil 3. Auslegung von einseitigen Verfügungen

§ 10 Abgrenzung Erbe zu Vermächtnis und zu Auflage

I. Praxisrelevanz	205
II. Rechtslage	206
1. Erwerb und Ausschlagung	206
2. Verbindlichkeiten	207
3. Erlangung der Erbschaft bzw. des Vermächtnisses	208
4. Rechtslage vor dem Erbfall für Begünstigte	208
5. Grundsatz der Höchstpersönlichkeit	209
III. Formulierungsbeispiele	209
1. Erbeinsetzung	209
2. Vermächtnis	209
IV. Abgrenzungskriterien	209
1. Grundsätzliches	209
2. Kriterien zugunsten einer Erbeinsetzung	210
3. Kriterien zugunsten einer Vermächtnisaussetzung	211
4. Gegenständliche Erbeinsetzung (Verteilungstestament)	212
a) Grundsätzliches	212
b) Fragliche gewollte Erbenstellung des Begünstigten	213
aa) Grundsatz	213

Inhaltsverzeichnis

bb) Mehrere Bedachte	215
cc) Sonderfall bei ausschließlich bedachten gesetzlichen Erben	216
c) Fraglicher Gesamtverfügungswille	216
d) Zeitpunkt der Vorstellungen des Erblassers	217
e) Erbquoten der Bedachten	219
f) Einfluss auf spätere, ggf. unbedachte Änderungen	220
5. Lebzeitige „Erfüllung“ eines Vermächtnisses	222
6. Schwarzgeld	222
V. Optionen bei Zuwendung des Pflichtteils	223
VI. Feststellungs- und Beweislast	223
VII. Abgrenzung zur Auflage	224
1. Praxisrelevanz	224
2. Rechtslage	224
a) Begriff und rechtliche Wirkung	224
b) Abmilderung des Höchstpersönlichkeitsgrundsatzes und gerichtliche Kontrolle	225
c) Durchsetzung bzw. Vollziehung	225
d) Gegenstand	225
e) Abgrenzung zur Erbeinsetzung	225
f) Abgrenzung zum unverbindlichen Wunsch und zur Bedingung	226
3. Abgrenzungskriterien	226
a) Gegen eine Auflage	226
b) Zugunsten einer Auflage	227
 § 11 Abgrenzung Teilungsanordnung zu Vorausvermächtnis	
I. Praxisrelevanz	228
II. Rechtslage	229
1. Grundsätzliches	229
2. Erwerb	229
3. Ausschlagung	229
4. Bindungswirkung	230
5. Beschwerden	230
6. Haftung und Insolvenz	230
III. Formulierungsbeispiele	230
IV. Prüfungsreihenfolge und Abgrenzungskriterien	231
1. Grundsätzliche Vorgehensweise	231
2. Ausnahmen	234
a) Unabhängiger Berufsgrund	234
b) Zusätzliche Begünstigung	235
3. Übernahmerecht	235
V. Feststellungs- und Beweislast	236
 § 12 Abgrenzungsfälle bei einem im Nachlass nicht (mehr) vorhandenen Vermächtnisgegenstand	
I. Praxisrelevanz	237
II. Rechtslage	238
III. Abgrenzungsfall bei untergegangenem bzw. entzogenem Vermächtnisgegenstand	238
IV. Abgrenzungsfall bei veräußertem Vermächtnisgegenstand	239
1. Grundsätzliches	239
2. Formulierungsbeispiele	239
3. Abgrenzungskriterien	240

V. Abgrenzungsfall bei altersbedingt ausgetauschtem Vermächtnisgegenstand	241
1. Grundsätzliches und Formulierungsbeispiele	241
2. Auslegung bei genauer Bezeichnung	241
3. Auslegung bei pauschaler Bezeichnung	242
VI. Abgrenzungsfall bei vermachtem Sparbuch nach veränderter Guthabenhöhe bzw. nach Neuanlage	243
VII. Abgrenzungskriterien zugunsten eines Verschaffungsvermächtnisses	244
1. Grundsätzliches und Formulierungsbeispiele	244
2. Abgrenzungskriterien	245
§ 13 Abgrenzungsfälle bei der Vor- und Nacherbfolge und bei Nießbrauch	
I. Praxisrelevanz	247
II. Rechtslage	248
1. Grundsätzliches	248
2. Rechtsposition des Vorerben	248
3. Rechtsposition des Nacherben	249
III. Formulierungsbeispiele	250
IV. Abgrenzung zu anderen Rechtsinstituten	250
1. Grundsätzliches	250
2. Abgrenzung zum Nießbrauchsvermächtnis	254
3. Abgrenzung zur Ersatzerbschaft	256
4. Abgrenzung zur Testamentsvollstreckung	257
5. Abgrenzung zu einem unverbindlichen Wunsch	257
6. Exkurs: Berechtigung des Vorerben, die Nacherben zu ändern – Dieterle	257
V. Auslegung bei unzulässiger gegenständlich angeordneter Nacherbfolge	257
1. Ausgangssituation	257
2. Auslegungsoptionen	258
a) Mit Vermächtnis beschwerter Alleinerbe	258
b) Vor- und Nacherbfolge hinsichtlich Bruchteil	258
c) Vor- und Nacherbfolge mit Vorausvermächtnis	258
3. Kriterien	259
VI. Feststellung und ggf. Umfang einer etwaigen Befreiung des Vorerben	259
1. Anordnung durch letztwillige Verfügung	259
2. Umfang der Befreiung	260
3. Abgrenzungskriterien	261
a) Grundsätzliches	261
b) Befreiung	262
c) Keine Befreiung	263
4. Sonderfall nachlasszugehörige Immobilien	263
5. Anknüpfung des Nacherbfalls an Bedingungen	263
6. Feststellungs- und Beweislast	263
VII. Nacherbenbestimmung durch Vorerben – Dieterle	264
1. Überblick	264
2. Berufung der Nacherben durch den Vorerben durch eigene Erbeinsetzung	264
3. Bestimmung der Nacherben durch den Vorerben	265
4. Auflösend von einer Verfügung des Vorerben bedingte Nacherbschaft	265
5. Von einer Verfügung des Vorerben bedingte Nacherbschaft	266
VIII. Aufhebung der Nacherbschaftsbeschränkung durch Abtretung des Nacherbenanwartschaftsrechts	266
1. Überblick	266
2. Rechtslage	267
3. Auswirkungen auf Erbschein und Grundbuch	268
IX. Rechtsfolgen des Todes des Nacherben vor dem Erblasser	268

Inhaltsverzeichnis

§ 14 Abgrenzungsfälle bei der Erbeinsetzung von Abkömmlingen

I. Praxisrelevanz	270
II. Rechtslage	270
1. Gesetzliche Erbfolge	270
2. Gesetzliches Erbrecht nichtehelicher Kinder	271
a) Grundsätzliches	271
b) Rechtslage für vor dem 1.7.1949 Geborene	271
c) Rechtslage für Erbfälle zwischen 1.7.1970 und 31.3.1998	271
3. Gesetzliches Erbrecht adoptierter Kinder	272
a) Grundsätzliches	272
b) Rechtslage bei Adoptionen vor dem 1.1.1977	272
c) Volljährigenadoption	272
III. Formulierungsbeispiele	272
IV. Abgrenzungskriterien bei der Erbeinsetzung der „Kinder“	273
1. Der Begriff „Kinder“	273
2. Adoptierte Kinder	274
a) Kriterien zugunsten einer Erbenstellung	274
b) Kriterien gegen eine Erbenstellung	274
c) Adoptierte als bestimmte Ersatzerben	275
V. Abgrenzungsfall bei Erbeinsetzung der „Abkömmlinge“ bzw. „Nachkommen“	276
1. Grundsätzliches	276
2. Geburt eines weiteren Kindes nach Testamenterrichtung	277
VI. Abgrenzungskriterien bei gleichzeitiger Erbeinsetzung von Kindern und Enkelkindern bzw. von Partnern und Kindern	278
VII. Feststellungs- und Beweislast	279

§ 15 Abgrenzungsfälle bei unterlassener, aber erforderlicher Ersatzerbeinsetzung

I. Praxisrelevanz	280
II. Rechtliche Hintergründe	280
III. Formulierungsbeispiele	281
IV. Widerlegung von § 2069 BGB	281
1. Anordnung von Ersatzerben	281
2. Verfügter Ausschluss des § 2069 BGB	282
3. Ausschlagung	283
a) Ohne Pflichtteilsgeltendmachung	283
b) Nach Pflichtteilsgeltendmachung	283
4. Bei Erb- bzw. Zuwendungsverzicht	284
5. Trotz Ersatzerbeinsetzung	285
6. Ersatzerbe kein Nacherbe	285
V. Abkömmlinge des Erben als Ersatzerben	285
1. Abkömmling als vorverstorbenen Erbe	285
2. Nicht-Abkömmling als vorverstorbenen Erbe	285
a) Keine analoge Anwendung des § 2069 BGB	285
b) Ergänzende Auslegung	286
VI. Wegfall eines Nacherben	289
1. Wegfall vor dem Erbfall	289
2. Wegfall zwischen dem Erbfall und dem Nacherbfall	289

§ 16 Abgrenzungsfälle zur Anordnung der Testamentsvollstreckung

I. Praxisrelevanz	291
II. Rechtslage	291
1. Grundsätzliches	291

2. Arten	292
3. Besonderheiten bei dem gemeinschaftlichen Testament und Erbvertrag	292
III. Formulierungsbeispiele	293
IV. Abgrenzung der Anordnung der Testamentsvollstreckung zu anderen Rechtsinstituten	293
1. Grundsätzliches	293
2. Abzugrenzende Rechtsinstitute	295
V. Fragliches Fortbestehen der Testamentsvollstreckung nach Wegfall des namentlich bestimmten Testamentsvollstreckers	296
1. Anfänglich keine bestimmte Person	296
2. Grundsatz bei Nichtannahme, Kündigung und Entlassung	296
3. Einzelheiten bei Nichtannahme, Kündigung und Entlassung	297
4. Exkurs bei verfügbarem Ersuchen, aber veränderten Umständen:	300
VI. Vergütung des Testamentsvollstreckers	300
 § 17 Abgrenzung Potestativbedingung von unzulässiger Drittbestimmung	
I. Praxisrelevanz	302
II. Rechtslage	303
1. Erbenbestimmung als höchstpersönliche Entscheidung	303
2. Ausnahmen in anderen Bereichen	303
III. Formulierungsbeispiele	304
IV. Einsetzung einer bestimmten Person unter einer bestimmten Bedingung ..	305
V. Abgrenzung zwischen zulässiger Potestativbedingung und unzulässiger Drittbestimmung	306
1. Grundsätze	306
2. Bedingte Erbeinsetzung aus einer zuvor festgelegten Personengruppe ..	309
3. Bedingte Erbeinsetzung aus einer unbestimmten Personengruppe	310
4. Bestimmung des Erben durch einen Dritten (§ 2065 Abs. 2 BGB)	311
 § 18 Wirkung von Verwirkungsklauseln	
I. Praxisrelevanz	313
II. Rechtslage	314
III. Formulierungsbeispiele	315
IV. Abgrenzung hinsichtlich des die Sanktion auslösenden Verhaltens	316
1. Verwirkungsfall in objektiver Hinsicht	316
2. Verwirkungsfall in subjektiver Sicht	318
3. Rechtsfolgen erfolgreicher Angriffe	318
V. Ermittlung des statt des Zuwiderhandelnden Begünstigten	319
 § 19 Abgrenzung zwischen Beweggrund/Motiv und Bedingung	
I. Praxisrelevanz	321
II. Rechtslage	321
III. Formulierungsbeispiel	322
IV. Abgrenzungskriterien	322
 § 20 Reichweite von Testamentswiderrufen	
I. Praxisrelevanz	324
II. Rechtslage	324
III. Formulierungsbeispiele	325
IV. Widerruf bei Testamenten (§ 2254 BGB)	326
V. Widerspruch bei Testamenten (§ 2258 BGB)	328
1. Überblick	328

Inhaltsverzeichnis

2. Mindestens zwei Testamente	328
3. Widerspruch	329

Teil 4. Auslegung von gemeinschaftlichen Testamenten und Erbverträgen

§ 21 Abgrenzung zwischen Einzel- und gemeinschaftlichem Testament

I. Praxisrelevanz	333
II. Rechtslage	333
III. Formulierungsbeispiele	335
IV. Abgrenzungskriterien	336
1. Anforderungen an den Errichtungszusammenhang	336
a) Grundsätzliches	336
b) Gemeinschaftlichkeit	336
aa) Objektive Theorie	336
bb) Subjektive Theorie	336
2. Kriterien bei separaten Testamenten	337
3. Sukzessive Errichtung	339
4. Gemeinschaftliche Testamente nach Unterzeichnung des zweiten Ehegatten	340
V. Feststellungs- und Beweislast	341

§ 22 Abgrenzungsfälle zur Feststellung der Wechselbezüglichkeit und zu Änderungsklauseln

I. Praxisrelevanz	342
II. Rechtslage	343
1. Begriffsbestimmung	343
2. Gesetzliche Auslegungsregel	344
3. Auswirkungen der Bindungswirkung	345
4. Widerruf und Entfallen der Bindungswirkung	346
5. Rechtsfolgen der Nichtigkeit wechselbezüglicher Klauseln	347
III. Formulierungsbeispiele	347
IV. Abgrenzungskriterien	348
1. Grundsätzliches	348
2. Tatsächliche Vermutung	350
a) Grundsätzliches	350
b) Konstellation der direkten Erbeinsetzung der Kinder	350
c) Konstellation des Berliner Testamentes	351
d) Vor- und Nacherbschaft	352
3. Indizien zugunsten der Wechselbezüglichkeit	353
4. Indizien gegen die Wechselbezüglichkeit	355
5. Sonderfall der Einsetzung der gesetzlichen Verwandten bei kinderlosen Ehegatten	358
6. Nahestehende Person gem. § 2270 Abs. 2 BGB	359
7. Kumulation von gesetzlichen Auslegungsregeln	360
V. Feststellungs- und Beweislast	361
VI. Änderungsklauseln	361
1. Aufgrund des Wortlautes	361
a) Grundsätzliches	361
b) Befugnis unmittelbar für eigene und mittelbar für Verfügungen des Erstversterbenden	362
c) Auswirkungen auf die Wechselbezüglichkeit	363
d) Ausübung der Änderungs- bzw. Aufhebungsbefugnis	364

e) Arten	364
aa) Kein Änderungsvorbehalt	364
bb) Änderungsbefugnis nur hinsichtlich lebzeitiger Schenkungen ...	364
cc) Änderungsbefugnis auch hinsichtlich neuer letztwilliger Verfügungen	365
2. Aufgrund einfacher Testamentsauslegung	366
3. Aufgrund ergänzender Testamentsauslegung	367
§ 23 Abgrenzungsfälle zur Feststellung der Vertragsmäßigkeit erbvertraglicher Verfügungen und zu Änderungsklauseln	
I. Praxisrelevanz	370
II. Rechtslage	370
1. Begriffsbestimmung	370
2. Keine entsprechende Anwendung des § 2270 Abs. 2 BGB	371
3. Auswirkungen der Vertragsmäßigkeit von Verfügungen	372
III. Formulierungsbeispiele	373
IV. Abgrenzungskriterien	373
1. Grundsätzliches	373
2. Interessenlage des Vertragspartners als maßgebliches Abgrenzungskriterium	374
a) Grundsätzliche Kriterien	374
b) Kriterien gegen die Vertragsmäßigkeit	376
c) Wortlaut	376
d) Gegenseitige Erbeinsetzung und Schlusserbeinsetzung von Verwandten	376
e) Änderungsklauseln	377
aa) Grundsätzliche Unterscheidung	377
bb) Freie Änderungsklausel	377
cc) Spezifizierte Änderungsklauseln	377
dd) Durch ergänzende Auslegung	378
f) Rücktrittsrecht	378
g) Keine (entsprechende) Anwendung von § 2270 Abs. 2 BGB	378
h) Wechselbezüglichkeit vertragsmäßiger Verfügungen	379
V. Feststellungs- und Beweislast	379
VI. Änderungsklauseln	379
1. Zulässigkeit und Grenzen	379
2. Abgrenzung zum Rücktrittsvorbehalt	380
3. Form und Auslegung eines Änderungsvorbehaltes	381
§ 24 Rechtsfolgen einer Scheidung auf gemeinschaftliche Testamente (Aufrechterhaltungswille)	
I. Praxisrelevanz	382
II. Rechtslage	383
1. Gesetzliche Vermutung	383
a) Einzeltestament	383
b) Gemeinschaftliches Testament	383
c) Erbvertrag	383
2. Rechtshängiges Scheidungs- bzw. Aufhebungsverfahren	385
3. Verlobten- und Lebenspartnerschaftsvertrag	385
4. Keine Anwendung auf nichteheliche Lebensgemeinschaften und bei Errichtung vor Verlöbnis- bzw. vor Eheschließung	386
III. Formulierungsbeispiele	386

Inhaltsverzeichnis

IV. Abgrenzungskriterien	387
V. Beweis- und Feststellungslast	391
 § 25 Abgrenzungsfälle beim Berliner Testament (Einheits- gegen Trennungslösung)	
I. Praxisrelevanz	392
II. Rechtslage	392
1. Überblick und Definition	392
2. Rechtliche Unterschiede	393
III. Formulierungsbeispiele	394
IV. Abgrenzungskriterien	394
1. Grundsätzliches und maßgebliches Kriterium	394
2. Kriterien zugunsten der Einheitslösung	396
3. Kriterien zugunsten der Trennungslösung	397
4. Weitere Kriterien	398
V. Feststellungs- und Beweislast	398
 § 26 Abgrenzungsfälle zur Pflichtteilsstrafklausel sowie sich einer daraus ergebenden Schlusserbschaft	
I. Praxisrelevanz	399
II. Rechtslage	400
III. Formulierungsbeispiele	401
IV. Auslösung der Pflichtteilsstrafklausel	401
1. Objektiver Tatbestand	401
a) Handelnde Person	401
b) Relevantes Verhalten	401
aa) Auslegung der Pflichtteilsstrafklausel	401
bb) Sanktion nach Auskünften	402
cc) Sanktion nach Zahlung	402
dd) Sanktion nach Verlangen oder nach Geltendmachung des Pflichtteils	402
c) Zeitpunkt des sanktionsauslösenden Verhaltens	405
d) Besonderheiten bei der Geltendmachung durch einen Sozialhilfe- träger	406
e) Besonderheiten bei einer Patchworkfamilie	406
f) Pflichtteilsstrafklausel nicht durch Auslegung	407
2. Subjektiver Tatbestand	407
3. Geltendmachung im Einvernehmen mit dem Längerlebenden zwecks Steuroptimierung	407
V. Auslegungsfragen bei den Rechtsfolgen	409
1. Mittelbare Wechselbezüglichkeit der Pflichtteilsstrafklausel	409
2. Auswirkungen auf die Erben des Längerlebenden	410
VI. Konkludente Schlusserbeinsetzung durch Pflichtteilsstrafklausel	411
1. Praxisrelevanz und Alternativen	411
2. Abgrenzungskriterien	412
a) Grundsätzliche Möglichkeit einer konkludenten Schlusserbeinset- zung	412
b) Grundsätzlich keine konkludente Schlusserbeinsetzung	412
c) Erforderliche individuelle Auslegung	413
d) Indizien zugunsten einer konkludenten Schlusserbeinsetzung	414
e) Indizien gegen eine konkludente Schlusserbeinsetzung	415
f) Besonderheit bei Patchworkfamilien	415

3. Feststellung der Wechselbezüglichkeit der Schlusserbeinsetzung	415
a) Enterbung	415
b) Schlusserben	416
4. Exkurs: Fehlende Alleinerbeinsetzung der Ehegatten beim gemeinschaftlichen Testament	416
§ 27 Abgrenzungsfälle bei Wiederverheirathungsklauseln	
I. Praxisrelevanz	418
II. Begriff der Wiederverheirathung	419
III. Keine Sittenwidrigkeit	419
IV. Trennungslösung	420
V. Einheitslösung	422
1. Mögliche Rechtskonstruktionen	422
2. Bloße Vor- und Nacherbschaft	422
3. Längerlebender als auflösend bedingter Vollerbe und aufschiebend bedingter Vorerbe	423
a) Grundsätzliches	423
b) Beschränkungen der Vorerbschaft	423
c) Längerlebender als befreiter Vorerbe	423
d) Rechtswirkungen des Todes des Längerlebenden	424
4. Längerlebender als zunächst unbeschränkter Vollerbe	424
VI. Vermächtnislösung	425
1. Grundsätzliches	425
2. Abgrenzung zwischen Vermächtnis und Vor- und Nacherbschaft	425
VII. Rechtsfolgen für die letztwilligen Verfügungen des Längerlebenden	426
1. Auswirkungen auf die Wechselbezüglichkeit	426
2. Anfechtung im Fall des Bestehens der erbrechtlichen Bindung	427
3. Schicksal der letztwilligen Verfügungen des Längerlebenden	427
§ 28 Abgrenzungsfälle bei Klauseln zum gleichzeitigen Versterben	
I. Praxisrelevanz	428
II. Rechtslage	428
III. Formulierungsbeispiele	429
IV. Abgrenzungskriterien bei der Klausel „gleichzeitiges Versterben“	430
V. Abgrenzungskriterien bei individuellen Klauseln	434
Teil 5. Außergerichtliche und gerichtliche Verfahrensfragen	
§ 29 Strategische Vorüberlegungen aufgrund der Mandatssituation	
§ 30 Außergerichtlicher Vergleich einschließlich Auswirkungen auf das gerichtliche Verfahren	
I. Zivilrechtliche Aspekte	439
II. Erbschaftsteuerliche Aspekte	440
III. Auswirkungen auf das gerichtliche Verfahren	440
§ 31 Gerichtliche Entscheidung im Erbscheinsverfahren	
I. Begriff und Wesen des Erbscheins	444
II. Wirkung	444
1. Vermutungswirkung	444
2. Öffentlicher Glaube	444

Inhaltsverzeichnis

III. Antrag	445
1. Zuständiges Gericht	445
2. Form	446
3. Inhalt	446
4. Antragsberechtigung	447
5. Erforderliche Erklärungen und Nachweise	448
a) Erklärungen bei gesetzlicher Erbfolge	448
aa) Zeitpunkt des Todes des Erblassers, § 352 Abs. 1 Nr. 1 FamFG	448
bb) Den letzten gewöhnlichen Aufenthalt und die Staatsangehörigkeit des Erblassers (§ 352 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 FamFG)	448
cc) Das Verhältnis, auf dem das Erbrecht beruht, § 352 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 FamFG	449
dd) Ihn von der Erbfolge ausschließende Personen, § 352 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 FamFG bzw. der Wegfall einer den Antragsteller ausschließenden Person, § 352 Abs. 1 S. 2 FamFG	449
ee) Welche Verfügungen von Todes wegen sind vorhanden, § 352 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 FamFG?	449
ff) Ist ein Rechtsstreit über das Erbrecht des Antragstellers anhängig, § 352 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 FamFG?	449
gg) Wurde die Erbschaft angenommen, § 352 Abs. 1 S. 1 Nr. 7 FamFG?	450
hh) Die Größe seines Erbteils, § 352 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 FamFG	450
ii) Berufungsgrund	450
b) Gewillkürte Erbfolge	450
c) Weitere Angaben	450
6. Eventualantrag	451
IV. Verfahren (Auslegung als Rechtsanwendung)	451
1. Sachverhaltsermittlung	451
2. Tatsachen als Grundlage für die Rechtsanwendung	451
3. Amtsermittlungs- bzw. Beibringungsgrundsatz	452
4. Feststellungs-/Beweislast	453
5. Auslegung als richterliche Aufgabe	453
6. Tatsächliche Vermutungen	455
V. Verhältnis Erbscheinsverfahren zum Erbenfeststellungsverfahren	456
1. Bindungswirkung	456
2. Ausnahmen von der Bindungswirkung	457
VI. Die Einziehung des Erbscheins, § 2361 BGB	458
1. Voraussetzungen der Einziehung	458
a) Zuständigkeit	458
b) Voraussetzungen im Einzelnen	458
2. Ablehnung der Einziehung	460
3. Die Einziehungsanordnung (der Einziehungsbeschluss)	460
4. Die tatsächliche Einziehung	460
VII. Die Kraftloserklärung, § 353 FamFG, § 2361 BGB	461
1. Beschluss	461
2. Zustellung	461
3. Vollzug	461
VIII. Einstweiliger Rechtsschutz	462
1. Einstweilige Anordnungen im FamFG-Verfahren	462
2. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gem. § 2362 BGB, § 935 ZPO	462
IX. Rechtsmittel im Erbscheinsverfahren	462
1. Entscheidungen des Richters	462

2. Entscheidungen des Rechtspflegers	463
a) Beschwerde	463
b) Befristete Erinnerung	463
3. Zulässigkeit der Beschwerde	463
a) Zuständigkeit	463
b) Statthaftigkeit	463
c) Adressat der Beschwerde	463
d) Form	464
e) Frist	464
f) Wertgrenzen	464
g) Beschwerdeberechtigung	464
X. Gebühren	465
 § 32 Gerichtliche Entscheidung im Zivilprozess	
I. Die Erbenfeststellungsklage	468
1. Zuständigkeit	469
2. Streitwert	469
3. Beweislast	469
4. Verjährung	469
5. Berufung auf eine Anfechtung des Testaments	470
6. Formulierungsbeispiel	470
7. Herausgabeklage	471
8. Stufenklage	471
9. Einstweilige Verfügung	471
10. Der Vergleich im Feststellungsverfahren	471
II. Die Herausgabeklage nach § 2018 BGB	472
1. Überblick	472
2. Anspruchsberechtigung und Anspruchsverpflichtung	472
3. Zuständigkeit	472
4. Klageantrag	472
5. Beweislast	472
6. Auskunftsanspruch	472
7. Formulierungsvorschlag: Klageantrag „isolierte Herausgabeklage“	473
8. Feststellungsklage	473
9. Stufenklage	473
10. Einstweilige Verfügung	473

Teil 6. Steuerrecht

§ 33 Erbschaft- und Schenkungsteuer

I. Erbaueinandersetzung und Erbschaftsteuer	475
1. Grundsatz der erbschaftsteuerlichen Neutralität der Erbaueinandersetzung	475
2. Teilungsanordnung (§ 2048 BGB)	476
3. Vorausvermächtnis (§ 2150 BGB)	476
4. Begünstigungstransfer bei Teilungsanordnung, freier Erbaueinandersetzung und (Voraus-)Vermächtnis	477
II. Erbaueinandersetzung und Schenkungsteuer	478
III. Haftung des Nachlasses für die Erbschaftsteuer	478
IV. Gerichtlicher und außergerichtlicher Auslegungsvertrag	479
1. Erbschaftsteuerliche Anerkennung dem Grunde nach	479

Inhaltsverzeichnis

2. Umfang der Besteuerung	479
3. Verfahrensrecht	480
V. Abfindung weichender Erbprätendenten	480
1. Behandlung bei weichenden Erbprätendenten	480
2. Behandlung beim leistenden Erben	481
3. Entstehungszeitpunkt der Steuer für die Abfindung	481
4. Gegenstand und Höhe der Abfindung	481
VI. Anfechtung einer Verfügung von Todes wegen	482
VII. Steuerliche Anerkennung einer unwirksamen Verfügung von Todes wegen	482
VIII. Steuerklassen und Steuersätze	483
1. Steuerklassen (§ 15 ErbStG)	483
2. Steuersätze (§ 19 ErbStG)	483
3. Freibeträge (§ 16 Abs. 1 ErbStG)	484
4. Kapitalwert einer lebenslänglichen Nutzung	484
 § 34 Grunderwerbsteuer	
I. Erbfall und Grunderwerbsteuer	486
II. Erbvergleich und Erbauseinandersetzung und Grunderwerbsteuer	486
 § 35 Einkommensteuer	
I. Erbfall und Einkommensteuer	488
II. Einkommensteuer und Erbauseinandersetzung	489
III. Einkommensteuer und Pflichtteilsrecht	490
IV. Einkommensteuer und Ausschlagung	490
V. Einkommensteuer und Erprätendenabfindung	490
VI. Einkommensteuer und Erbteilskauf	491
 Sachverzeichnis	493